

# Der Grundstein

## Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

### Verbindungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zuschusskasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementpreis pro Quartal M. 2 (ohne Postgeb.) bei Zusendung unter Kreuzband M. 2,20

Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss der Redaktion: Montag mittag 1 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30-4 für die dreispaltige Zeitspalte oder deren Raum berechnet

#### Parteitag der Sozialdemokratie.

Der jetzt vom 14. bis 20. Oktober in Würzburg abgehaltene Parteitag der deutschen Sozialdemokratie ist der fünfundsiebzigste seit dem Fall des Kaiserthums. Obwohl er also am Ende dieser fünfundsiebzigjährigen Reise steht, bedeutet er keinen Abschluss, sondern einen Anfang — den Beginn eines neuen Abschnittes nicht nur im Leben der deutschen Sozialdemokratie, sondern der Arbeiterbewegung unseres Landes überhaupt.

Daran müssen wir uns nun endlich einmal gewöhnen. Uns, den Trägern weltbewegender Zukunftsideen, ziemt es nicht, vergangenem und überwundenen Erscheinungen nachzuhängen und die neuen mittraurlich abzuweisen. Unser Wesen muß auf die Zukunft gerichtet sein. Wir müssen dem Neuen einen offenen Sinn entgegenbringen, erfüllt von der Erkenntnis, daß es in der Welt der Erscheinungen kein Befahren gibt, daß alles, was da ist, einmal sein Daseinsrecht verliert und einem Neuen Raum zu geben hat. Nehmen wir dies Neue hin, so brauchen wir darum das Alte nicht zu verachten und zu verdammen. Auch das Alte war einmal neu und recht und notwendig. Man braucht sich nicht zu schämen, daß man es einmal in Ehren gehalten hat. Sobald aber seine Zeit dahin ist, müssen wir aufhören, es für das allein Richtige zu halten, dann müssen wir vielmehr unsere Denkvorstellungen umschalten und uns über das Neue klar werden: über seinen Sinn und seine Zweckmäßigkeit. Wir hatten früher so oft über das zähe Festhalten der herrschenden Kreise an veralteten Einrichtungen und Gedanken zu klagen, wir werden auch in Zukunft noch viel über diesen Kontervativismus zu klagen und dagegen anzukämpfen haben. Um so mehr müssen wir uns hüten, selber in diesen Fehler zu verfallen, der wohl dem Wesen aller der Klassen entspricht, aber sich nimmermehr für uns ziemt, die wir als Klasse erst am Vorabend der Zeit stehen, die eine von uns bestimmenden Einfluß auf das Menschheitsgeschick in die Hände geben wird. Wir sind eine aufsteigende Klasse, wir sind die Macht der Zukunft! Da muß unser Blick vorwärts gerichtet sein, und unser Sinn darf sich den Denkvorstellungen vergangener Tage nicht in Fesseln schlagen lassen.

Mit dieser Voraussetzung alles was höchst sozialistisches und revolutionäres Denken wollen die Verhandlungen des sozialdemokratischen Parteitages genügt.

Der Parteitag sollte den politischen und wirtschaftlichen Fragen der Gegenwart gerecht zu werden, er sollte darüber hinaus Richtlinien der Zukunft zu ziehen, soweit das zweckmäßig und möglich war. In der Gegenwart laufen alle Gedanken in einem Punkt zusammen: wie kann man den Frieden herbeiführen? Der Parteitag hat hier gelaut, was zu tun Pflicht der Vertretung der deutschen Arbeiterklasse war: er hat sich im Namen des Menschheitsgedankens für einen Frieden der Verständigung und Verständigung ausgesprochen, er hat das Recht des deutschen Volkes auf Freiheit und Größe ausgesprochen. So richtete er eine scharfe Absage an die Kriegsbüchse des „deutschen Schwertriebens“, so trat er für die Unabhängigkeit Belgiens ein, so betätigte er erneut den Willen, das Staatsgebot gegen jede Verleserung zu verteidigen. Diese Haltung betrug sich auf der Linie, die allein zu einem dauernden Frieden führen kann. Sie sagt den Feinden des Reiches, daß die Masse des deutschen Volkes den Gedanken eines Vorgefallens abweist, und daß das Tor zu einem Verständigungsfrieden auf deutscher Seite weit offen steht, sie sagt ihnen aber auch, daß diese gleichen Waffen auch fähig sind mit unergründlicher Festigkeit auf die Verteidigung des Deutschen Reiches zusammenzusetzen werden, und daß alle Versuche auf ein Abweichen der Verteidigungsmannschaft vergeblich sind. Dieses feste Bekenntnis gegen die Vorgefallensabsichten auf beiden Seiten wird allein der Lage unseres Landes und den Aufgaben der deutschen Arbeiterklasse gerecht. Es fand seinen Ausdruck in einer Entschiedenheit, die gegen 14 Stimmen angenommen wurde.

Darüber unterließ der Parteitag nicht, zur Lage der Weltveränderung im Rande und der Soldaten an den Fronten zu sagen, was nötig war. Keine andere Partei bewägt sich in

diesen Fragen so wie die Sozialdemokratie als die Partei der Massen. Das ist eine Selbstverständlichkeit.

In eine noch dunkel verhängte Zukunft weisen die Verhandlungen des Parteitages, die sich mit den künftigen Aufgaben der Partei beschäftigten. Wie ein schmetternder Hornruf klang das Verlangen nach freierwilliger Neuordnung der inneren Verhältnisse des Reiches und der Bundesstaaten.

Und ob ihr euch sperrt und uns niederstreckt — uns alles einerlei: Die Forderungen und Forderungen! Ist — Gott sei Dank! — vorbei!

Vorbei ist die Zeit der Vorrechte des Besten! Vorbei ist die Zeit einer für das Volk unerreichbar thronenden Regimentsregierung! Vorbei ist die Zeit der Verachtung und Entwertung der Volksmasse! — Sinn und Klang der Worte, die der Parteitag diesen Fragen widmete, zeugten von dem leidenschaftlichen Willen, allendlich den verjährten Schutt des alten Obrigkeitsstaates von Deutschlands Boden hinwegzutun und für den Aufbau eines neuen Staates Raum zu schaffen. In ausführlichen Berichten, die übrigens schriftlich erstattet wurden (eine Art der Arbeit, die sich im allgemeinen bewährt

**Am 27. Okt. ist der 43. Verbandsbeitrag in diesem Jahre fällig.**

hat), wurde im einzelnen umschrieben, was zum Aufbau des neuen Deutschlands gesagt werden muß. Es ist selbstverständlich, daß hier nicht jeder Gehör zu finden, was die unumgängliche Wahrheit zu sein. Das ist schon in Ansehung der Fälle des Stoffes unmöglich. Wie verwickelt die hier zu lösenden Fragen zum Teil sind, möge ein Beispiel zeigen. In einem Bericht über die sozialpolitischen Aufgaben der Zukunft verteilt Mittel die Aufstellung, die im Felde stehenden Massen müssen unzerlegt entlassen werden. Im Gegensatz dazu fordert Gurnow in seinem Bericht über die wirtschaftlichen Aufgaben eine allmähliche Entlassung, um wie er begründend sagt, eine pöbliche Ueberfüllung des Arbeitsmarktes mit all ihren für die Arbeiter außerordentlich schädlichen Folgen zu verhindern. Es ist im Gennt natürlich gar nicht zu bestreiten, daß ein Müßiggang von sieben bis acht Millionen Männern innerhalb weniger Wochen geradezu zu einer Katastrophe werden würde, die ungeheuren Schaden anrichten müßte. Dies Beispiel mag die Schwere der Fragen andeuten, die in dem ganzen Problem der Uebergangswirtschaft liegen. Immerhin kann diese Verschiedenartigkeit in der Auffassung einer Eingelasse den Eindruck nicht verwischen, der von der Tatsache ausgeht, daß die Sozialdemokratie imstande war, mit einem großzügigen Programm der Neuordnung auf den Plan zu treten.

Nicht in den Einzelheiten, sondern in dieser Tatsache an sich liegt die überragende Bedeutung dieser Verhandlungen. Sie ergibt sich aus zwei Umständen: die Sozialdemokratie hat die Fähigkeit bewiesen, diese gewaltigen Aufgaben geistig zu meistern, und darin drückt sich ein bedeutender Fortschritt ihres organisatorischen Wollens in Politik und Wirtschaft aus; die Sozialdemokratie hat die grundsätzliche Bereitschaft erklärt, am Neuaufbau des Staates und seiner Wirtschaft selbst persönlich mitzuarbeiten, und das ist eine löbliche Abgabe an den alten Geist der Staatsverneinung, der uns nicht aus zwingenden geschichtlichen Gründen aufgezwungen wurde, der aber mit der heutigen Stellung der Arbeiterklasse unvereinbar geworden ist. Diese Wandlung heißt nicht Verzicht auf die revolutionäre Sendung der Arbeiterklasse, sondern im Gegenteil ihre Vollendung. Sie heißt Fortschritt von der Revolutionierung der Verhältnisse zur Revolutionierung der Tatsachen. Hierin liegt der Kern der ganzen Krisis des Sozialismus.

Der „Grundstein“ hat seit mehr als einem Jahrzehnt an diesem Fortschritt gearbeitet, er hat für ihn gestritten und ist dafür oft gelächelt worden. Nun ist er erreicht. Die Wahn ist frei!

#### Der Kampf um die Gewerkschaften.

Die Gehe der „Leipziger Volkszeitung“ und die in unserm ersten Artikel geschilderten sonstigen Dinge sind natürlich auch auf einen Teil unserer Leipziger Kollegen nicht ohne Einfluß geblieben. Das ist ganz natürlich, und es wäre ein Wunder, wenn es anders wäre. Der Mensch besteht nun einmal aus dem, was er körperlich und geistig zu sich nimmt. Die Art und die Summe der Eindrücke, die ein Mensch von der Welt und dem Leben in sich aufnimmt, sind bestimmend für sein Denken und sein ganzes geistiges Sein. Der Spiegel des Lebens und des ganzen Weltgeschehens aber ist die Zeitung; aus ihr muß sich jeder Mensch mehr oder weniger über das Weltgeschehen unterrichten. Wenn nun ein Mensch tagtäglich, ja stündlich und jaheint, nur auf eine Zeitung angewiesen ist, und wenn ihm diese Zeitung nicht nur häufig Bilder vom Leben gibt, sondern ihm auch täglich den Haß gegen eine bestimmte Partei in die Seele pumpt und ihn gegen die Gewerkschaften und ihre Führer aufkathelt, so kann dies, selbst bei geistig hochstehenden Menschen, unmöglich ohne Wirkung sein.

Aber nicht nur das in Leipzig von den Arbeitern am meisten gelesene Blatt wirkt in dieser Weise auf unsere Kollegen ein: Das gleiche geschieht ja auch in Wroslaw und in zahlreichen Zusammenkünften aller Art. Unsere meisten Leipziger Kollegen sind wohl politisch organisiert, und es ist wieder nur natürlich, daß unter dem Einfluß der „Leipziger Volkszeitung“ der größte Teil von ihnen der Partei der „Unabhängigen“ angehört. Es gehört schon ein großes Maß von politischer Einsicht (oder aber auch noch andere Informationsquellen als die „L. V.“) dazu, um sich diesem Einfluß zu entziehen und sich ein durchaus eigenes politisches und gewerkschaftliches Urteil zu bilden. Und es gehört auch ein gewisser Mut dazu, sich wenn man zu einer eigenen Ansicht gekommen ist, gegen eine geistige Massenströmung aufzulehnen und nach seiner eigenen Ueberzeugung zu handeln. Wenn auch heute keiner mehr zu befürchten braucht, daß er wegen seines Bekenntnisses zu einer, der allgemeinen Stimmung widersprechenden Ueberzeugung aus Streik geschlagen wird, wie einst Christus, oder verbrannt, wie Quß, so ist es doch Tatsache, daß es auch heute noch viele fanatische Menschen gibt, die gegen Andersdenkende nicht weniger unerbittlich sind, als jene, die Christus aus Streik geliebert und Quß auf den Scheiterhaufen geschickt. Auch in der Arbeiterbewegung gibt es solche Leute in großer Zahl, Leute, die keine andere als ihre eigene Ansicht vertreten können und die jeden für einen Verräter halten, der nicht ihrer eigenen Ueberzeugung ist — oder wenigstens so tut, als ob er das wäre. Im allgemeinen sind dies die borniertesten und die geistig beschränktesten unter unsern Klassenangehörigen, Leute, die nicht an eigenes Denken und geistiges Arbeiten gewöhnt sind, sondern ihre Ueberzeugung fertig von ihrer Zeitung beziehen und auf deren Lehre schwören. Solche Leute gibt es sicher in allen Lagern der Arbeiterbewegung, aber im Lager der „Unabhängigen“ ist diese Unzulänglichkeit, wie wir hier schon des öfteren gesagt haben, ganz besonders stark entwickelt.

Einige unserer Leipziger Kollegen sind aber nicht nur einfache Mitglieder bei der Partei der Unabhängigen, sondern haben auch Ämter in dieser Partei. Sie sind ganz besonders fähig, entsprechend den zeitlichen Verhältnissen, die Pflicht in sich, in unserm Verbande im Sinne der „Unabhängigen“ zu wirken, gegen die „Anstalten“ vorzugehen und den Sturz der Zeitungen und die Befreiung der Arbeiter mit Leuten ihrer Gesinnung zu erstreben. Nun ist das wieder in unserm Gesamtverband noch im Zweigverein Leipzig sehr leicht, weil die sachlichen Gründe für ein solches Vorgehen stehen. Die Parteiverantwortung unseres Verbandes hat während des Krieges für unsere Kollegen getan, was sie nur irgend tun konnte, und es ist billig zu bezweifeln, daß an ihrer Stelle Leute, die zwar gern revolutionär reden, aber in der praktischen Vertretung der Arbeiterinteressen im allgemeinen gerade kein übermäßiges Geschick entwickeln, mehr oder auch nur ebensoviel hätten leisten können wie sie. Und daß unsere Leipziger Zweigvereinsverwaltung während des Krieges ganz ausgezeichnet gearbeitet hat, darauf haben wir im „Grundstein“ schon vor einiger Wochen hingewiesen. Nur auf diese ausgezeichnete Arbeit ist es zurückzuführen, wenn unser Leipziger Zweigverein, trotz der fortgesetzten Gehe der „L. V.“ gegen die Gewerkschaften,



heute noch so stark ist. Die Voraussetzungen zu einer andern Entwicklung sind wesentlich in hohem Maße gegeben. Aber wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Wenn keine gewerkschaftliche Kräfte zum Vorgehen gegen die „Zn-fangen“ und zum Schutz der Gewerkschaftsleistungen vorhanden ist, so muß man diese Kräfte eben schaffen. Vor einiger Zeit verlangten einzelne Mitglieder von der Leipziger Verwaltung eine Veranlassung zur Berichterstattung über ihre Tätigkeit im letzten halben Jahre mit der Begründung, es habe sich in diesem Zeitraum so viel abgespielt, daß darüber berichtet werden müsse. Die Leipziger Verwaltung gab diesem Verlangen selbstverständlich statt, und Kollege Bauersfeld gab am 14. August in einer Versammlung einen ausführlichen Halbjahresbericht (siehe „Grundstein“ Nr. 38). Als nun Kollege Bauersfeld über alle wichtigen Punkte ausführlich berichtet hatte, wurde vom Kollegen Konrad die Veranlassung der Veranlassung beantragt, „weil es Bauersfeld ausgezeichnet verstanden habe, den Bericht in die Länge zu ziehen, und weil noch viele Punkte vorlägen, über die gesprochen werden müsse“. Dem Antrage wurde stattgegeben. Am 20. August fand die Fortsetzung der Versammlung statt.

Was die erste Versammlung noch von etwa 100 Mitgliedern besucht, so waren in der zweiten nach den uns vorliegenden Berichten nur noch 84 Kollegen anwesend, ein Beweis, wie wenig Interesse die Masse unserer Leipziger Kollegen dem sich entspinne Streit entgegenbringt. Der Verkauf dieser Berichterstattung lieferte den unumgänglichen Beweis, daß es den Gegnern unserer Leipziger Verwaltung nicht um den Halbjahresbericht zu tun war, sondern daß sie lediglich eine Gelegenheit suchten, um den Kampf gegen die ihnen politisch mißliebigen Personen der Verwaltung und gegen den Verbandsvorstand aufzunehmen. Gleich der erste Diskussionsredner, Kollege Konrad, ging nicht auf den Halbjahresbericht ein, sondern bemängelte Ausführungen, die die Kollegen Dagen und Bauersfeld während der Konferenz im Jahre 1916 gemacht hätten. Es handelte sich dabei um Ausführungen über den nachfolgend abgefaßten Tarifvertrag — Kollege Jakob als Bezirksleiter bestärkte eine tariflose Zeit; Bauersfeld und Dagen hingegen bestärkten diese Ansicht, weil eine tariflose Zeit bei der geringen Bautätigkeit den Hilfsarbeitern schweren Schaden zufügen könne —, die Kollege Konrad jetzt, nach fast anderthalb Jahren, zu kritisieren für gut befand! Und obwohl er kurz zuvor in einer Sitzung des erweiterten Vorstandes erklärt hatte: „Aa, gegen eure gewerkschaftliche Tätigkeit ist nichts einzuwenden“, behauptete er jetzt, die Verwaltung sei 1916 beim Verbandsvorstand nicht stark genug dafür eingetreten, daß eine Verzichtung der Arbeitszeit erreicht wurde. Die Verwaltung habe auch vergeblich angestrebt, die Betriebe und den Durcharbeitenden sehr weitgehend zu schaden.

Ein weiterer Redner, Kollege Lautenschläger, wurde schon etwas deutlicher. Er bezeichnete die Mitglieder des Verbandsvorstandes als Verräter. Sie seien schuld daran, daß auf den Kriegsbauten die Arbeitszeit verlängert worden sei. Der Verbandsvorstand habe die zum Militär eingezogenen Mitglieder rekrutiert, die mit die Rekruten seien den andern Mitgliedern in den Wärdern seien und die lange Arbeitszeit auf den Kriegsbauten erhalten bliebe. Der Kollege K. Waig bezeugte es als einen Befehl, daß die Verwaltung wie auch der Verbandsvorstand die Organisation der auf Bauten beschäftigten Frauen abgelehnt habe. Das Hilfsdienstgesetz sei zum Nachteil für die Arbeiter; die Gewerkschaftsbeamten freilich brauchen keinen Mehrlohn. Die vereinbarte Zeuerungsabgabe von 15 % die Stunde könne nicht als ein Erfolg angesehen werden, denn die Zulage werde ja nicht von den Unternehmern, sondern von der Regierung bezahlt. Kollege Mich. Schröder verlas schließlich gegen die oben herangezogenen Punkte, daß der Kollege Bauersfeld, unter dem eingegangenen Mitgliedern für die „Freie Presse“, das Blatt der sozialdemokratischen Partei in Leipzig, agitiert hätte, und daß er für die Gründung von Kriegsbauten eingetreten sei. Der Kollege Bauersfeld konnte sofort feststellen, daß es sich hier um eine nichtswürdige Fälschung handele.

Welche Wirkungen durch solche Fälschungen erreicht werden können, mag folgendes Beispiel zeigen: Kollege Bauersfeld schrieb sich seit zwei Jahren mit einem im Felde befindlichen Kollegen aus Werdorf, einem Leiter der „Leipziger Volkzeitung“ und Anhänger der „Unabhängigen“. Dieser Kollege hatte sich in seinem letzten Briefe an Bauersfeld sehr gegen die Gründung einer Kriegsbauten-Organisation ausgesprochen. Kollege Bauersfeld hatte ihm mitgeteilt, daß auch er Gegner einer solchen Organisation sei. Etwa zwei Monate später bekam er trotzdem einen Brief voller Beileidigungen, in dem ihn dieser Kollege nicht mehr als Kollegen und nicht mehr als Du, sondern mit „Genosse“ und „Sie“ anredete. Die Verwunderung Bauersfelds über diese Wendung flüchtete sich auf, als er etwas später eine Karte mit folgendem Inhalt bekam:

12. August 1917.  
 Wertes Kollege! Du wirst Dich gewundert haben über den letzten Brief, den ich Dir geschickt habe. Du mußt mir aber verzeihen; denn heute habe ich erfahren, daß das mit mir angefaßte Schreiben und die „Freie Presse“ nicht von Dir gemeint ist, sondern daß ich ein Irrtum über die Namen gemacht habe. Ich habe mich allerdings ändert das nichts an meiner Auffassung, die ich habe, aber unnötig beleidigt. ... Mich herzlichem Gruß verbleibe ich Kollege. ....

Ein Anhänger der „Unabhängigen“ hatte also einen gefälschten Brief ins Feld geschickt, versehen mit der Unterschrift Bauersfelds und begleitet von einem Werbeauftrag für die „Freie Presse“. Der Werdorfer Kollege wurde in dem

Briefe aufgefordert, für die „Freie Presse“ Abonnenten zu werben, da angenommen werde, daß er zu den Anhängern unserer sozialdemokratischen Partei gehöre. Der Werdorfer Kollege leitete diesen Brief mit jenen andern, der wirklich von Bauersfeld herrührt und in dem sich Bauersfeld einleitend gegen die Gründung von Kriegsbauten ausgesprochen hatte, an einen Freund nach Hause. Dieser brachte beide Briefe dem Kollegen Schröder in die Hände. Schröder benutzte dann den gefälschten Brief in der Versammlung gegen die ihm politisch befeindeten Angehörigen, indem er die auf Grund des gefälschten Briefes angedeutete, daß sie für die „Freie Presse“ agitierten. Dabei verfuhr er vorsichtig in dem Namen des Werdorfer Kollegen, demütig, um die Aufhebung der Besetzung zu verhindern. Kollege Schröder beugte sich aber nicht diesem Trick: er stellte es auch so dar, als ob Bauersfeld für die Gründung einer Kriegsbauten-Organisation eingetreten sei, obwohl er den Brief Bauersfelds an den Werdorfer Kollegen, in dem schwarz auf weiß das Gegenteil stand, in der Tasche hatte!

Schröder, der in dieser Weise gegen unsere Angehörigen vorging, ist Mitglied der Bezirksteilung der Partei der Unabhängigen! Als der zweite Brief in der Versammlung verlesen werden mußte, konnte Bauersfeld den ganzen Schwindel aufdecken. Aber die gegen ihn erhobene Verurteilung hatte keinen Erfolg. Das zeigt der weitere Verlauf der Versammlung. Kollege Engel brachte folgenden Antrag ein:

Anträge, unsere Verwaltung, soweit sie aus der Partei ausgetreten und einer neuen beitreten ist (das heißt, soweit sie der sozialdemokratischen Partei Deutschlands treugeblieben ist. Red. des „Grundstein“), ihres Amtes für unwürdig zu erklären.

Der Antragsteller ist der Meinung, daß, wer nicht der Partei der „Unabhängigen“ angehört, kein Vertrauensmann in der Gewerkschaft mehr sein könne. Der Antrag richtete sich also folgerichtig nicht nur gegen unsere der sozialdemokratischen Partei angehörenden Leipziger Angehörigen, sondern gegen alle Funktionäre der Partei Deutschlands. Außer diesem Antrag wurde vom Kollegen Kneide noch folgender Antrag eingebracht:

Die Leipziger organisierten Bauarbeiter können nur die Vertretung ihrer politischen und wirtschaftlichen Interessen durch die „Leipziger Volkzeitung“ anerkennen. Ihre Aufgabe ist es, das Blatt, das der Leipziger Arbeiterzeitung gehört, hell und ganz zu unterstützen. In der sogenannten sozialistischen „Freien Presse“, welche unter dem Schutze der Arbeitgeber gegründet worden ist, erkennen die Bauarbeiter ein gefäßes Organ, welches hauptsächlich das Ziel hat, die „Leipziger Volkzeitung“ zu bekämpfen. Sie beschließen daher, daß ihre Organisationsleitung den Bezug sowie Kräfte, Berichterstattungsberichte und Berichterstattungen über Angelegenheiten der Bauarbeiterorganisation in Leipzig an die „Freie Presse“ unterlassen.

Da die Zeit schon weit vorgeschritten war, wurde die Versammlung abermals vertagt und festgelegt, den Verbandsvorstand zu ersuchen, der nächsten Versammlung einen Vertreter zu entsenden, damit dieser zu den erhobenen Vorwürfen Stellung nehmen könne.

### Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauarbeiterverbände.

Ergebnis der Feststellung vom 15. Oktober.

Das Ergebnis ergibt sich von 795 vorhandenen Zweigvereinen 794 mit 89 578 Mitgliedern, von denen 81 oder vom Hundert 0,10 arbeitslos waren. Am vorigen Bählage hatte das Verhältnis bei 79 Arbeitslosen ebenfalls 0,10 betragen. Es ist somit keine nennenswerte Änderung eingetreten.

Zu unterstützen waren 49 Arbeitslose oder vom Hundert der Mitglieder 0,06 gegenüber 39 oder vom Hundert 0,05 in der Woche zuvor. Der Unterstützungsbedarf war demnach in der Berichtswache etwas höher.

Bezirk	Anzahl der Zweigvereine	Anzahl der Mitglieder	In den Zweigvereinen		In den bestehenden Zweigvereinen		Anzahl der Arbeitslosen	Anzahl der Unterstützten	
			Arbeitslos	Unterstützt	Arbeitslos	Unterstützt			
1. Königsberg	21	21	1958	—	—	—	—	—	
2. Bromberg	31	31	1501	3	—	—	—	—	
3. Stettin	51	51	1369	1	—	—	—	—	
4. Breslau	55	55	3253	1	—	—	—	—	
5. Berlin	74	74	9120	23	14	119	1	30	
6. Magdeburg	85	85	9095	1	5	1	—	6	
7. Erfurt	42	42	2089	—	—	—	—	—	
8. Frankfurt	15	15	5894	—	—	—	—	—	
9. Geln	16	16	7875	—	—	—	—	—	
10. Dortmund	17	17	2297	—	—	—	—	—	
11. Hannover	45	45	2394	—	—	—	—	—	
12. Bremen	28	28	2443	—	—	—	—	—	
13. Hamburg	69	69	5403	2	2	1	—	—	
14. Rostock	62	62	1659	—	—	—	—	—	
15. Dresden	16	16	7225	4	5	—	—	—	
16. Leipzig	79	79	7995	5	6	4	1	11	
17. Mitteldeutschl.	26	26	2342	—	—	—	—	—	
18. München	95	94	3513	9	8	5	1	14	
19. Stuttgart	8	8	1813	—	—	—	—	—	
20. Karlsruhe	16	16	2957	—	—	—	—	—	
21. Straßburg	6	6	143	—	—	—	—	—	
Zusammen	795/794	89578	49	46	8	5/21	2	—	81

### Berichte.

**Bezirk Nürnberg.** In den letzten Monaten ist auch in Bayern eine weitere ganz enorme Erhöhung der Preise aller zum Lebensunterhalt nötigen Produkte eingetreten. Unsere Kollegen haben es deshalb mit Freuden begrüßt, daß sich der Verbandsvorstand wegen einer weiteren Zeuerungsabgabe an den Arbeitgeberbund für das Baugewerbe gewandt hat. Heberachtig war man darüber, daß die Unternehmer eine so beschwerliche Wille abgelehnt haben. Nach nicht erstant und unangenehm sind unsere Mitglieder im Bezirk aber darüber, daß auch im Reichsamt des Innern erklärt wurde, die Unternehmer seien, trotz dieser gewolligen Zeuerung, zur Gewährung einer weiteren Zeuerungsbilligung bereit und daß daher auch von dort eine Unterhandlung zum Wiederrück dieser Stelle nicht in Aussicht gestellt werden konnte. In einigen Orten unseres Bezirks hat diese schleppende Haltung der Unternehmer unsere Mitglieder schon in ihrem Antrag nicht zugelegt. Sie haben sich, um die Beschäftigten des bestehenden Vertrages, an einige der örtlichen Arbeitgeberorganisationen gewandt und dort um Unterhandlung zur Gewährung einer weiteren Zeuerungsbilligung nachgesucht. Es sind dies die Orte K u i m b a c h, N ü r n b e r g, E r g a n z, R e g e n s b u r g und S c h w e i n f u r t. Eine Antwort haben unsere Kollegen bis jetzt nur vom Nürnberg-Fürther Arbeitgeberverband erhalten, der aber auch gleichzeitig den Bezirksvorstand des Arbeitgeberverbandes darstellte, so daß keine Antwort wohl auch für die andern Orte maßgebend ist. Die von Herrn Ropp unterzeichnete Antwort ist sehr vorsichtig gehalten, verspricht uns aber weder eine Zeuerungsbilligung noch eine Unterhandlung in dieser Angelegenheit, und lautet wie folgt:

Zu Beantwortung Ihrer Aufsicht vom 3. d. Mts. Schreiben wir uns, Ihnen mitzuteilen, daß wir dieselbe geteilt in einer haltgebenden Aufschußigung eingeben werden. Wie Sie ja selbst wissen, hat Ende April d. J. der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe mit Ihrem Zentralverband unter Mitwirkung des Reichsamts des Innern einen Vertrag über die bis Ende März 1918 zu laufende Zulage abgeschlossen. Durch § 4 dieses Vertrages sind sowohl Sie wie wir verpflichtet worden, allen Preissteigerungen, die auf Erhöhung oder Veränderung der vereinbarten Zulage abzielen, als Vertragspartei entgegenzutreten. Dieser Vertrag bleibt für Sie und uns selbstverständlich bis Ende März 1918 in Kraft, wenn die Zentralverbände ihn nicht gemeinsam freiwillig oder auf Veranlassung des Reichsamts des Innern vorher ändern. Auch dieses Kriegesjahr verlangt, wie aus seinen geschäftlichen Erläuterungen hervorgeht, die Durchführung der tarifmäßigen Arbeitsbedingungen im Baugewerbe als angemessene Arbeitsbedingungen im Sinne des Hilfsdienstgesetzes erfüllt. Nachstehend argüert alle vorliegenden Bauten demgegenüber. Wir werden wir unsere Mitglieder veranlassen, eine Vertiefung der Arbeitszeit möglichst hinauszutreiben, und so es möglich ist, durch künstliches Licht die normale Arbeitszeit aufrechtzuerhalten. Von Ihrem Schreiben sowie unserer Antwort haben wir die Geschäftsstelle des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe in Berlin verständigt.

Unsere Mitglieder haben sich in Versammlungen mit dieser Antwort befreit und beschloffen, sich nochmals an den Arbeitgeberverband zu wenden und um Unterhandlungen nachzugehen sowie auch als Kriegsbauten von den Dingen zu verständigen und dort gleichfalls zu bitten, eine Unterhandlung mit den Unternehmern und uns anzubieten zu wollen. Eine Antwort ist bis jetzt noch von keiner der beiden Stellen eingegangen; wir möchten aber hoffen, daß man sich an beiden Stellen die Sache noch genau überlegen und den Bauarbeitern in Anbetracht der großen Zeuerung Entgegenkommen zeigen wird. Man muß eben bedenken, daß die Preise der Waren für die Arbeiter und somit auch noch für die Unternehmer sehr hoch sind, und daß der Kriegsbauten in Substanz von Füllen gezeigt hat. Eine nachdrücklich eingegangene Antwort des Arbeitgeberbundes scheint zwar eine örtliche Unterhandlung ab; man will aber dahin drängen, daß in einer Vorstandssitzung des Bundes, die Ende dieses Monats in Berlin stattfinden soll, eine solche allgemeine Grundlage zustande kommt.

### Chemnitz. (Bericht vom dritten Quartale)

Die Fortbauer der Kriegsbauten und allen ihren Begleiterscheinungen kann natürlich auf die Entwicklung unserer Organisation keinen günstigen Einfluß haben. Die fortgeschrittene Not und ihre Steigerung wirken letzten Endes abklumpend auf die Menschen; die herrschenden Zustände werden von den Menschen als etwas Unabänderliches angenommen. Trotz größter Anstrengung ständiger Arbeitervereine, die bei beiden Seiten unter den Arbeitern vielerorts schon den Charakter vollkommener Würzigkeit an. Oft zeichnen sich durch diese unvollkommene Eigenschaft die vom Seeresdienst entlassenen Soldaten aus. Der Hinweis mancher deutschen Professoren, der Krieg sei ein Vergleichen für die geistige Erneuerung des Volkes, wird dadurch für jeden aufmerksamen Beobachter als das entfällt, was er von Anfang an war, nämlich albernem Geschwätz. — Die der Wohlthatigkeit gemachten Schwierigkeiten: Bauarbeiter, Mauerer, Zimmerer, Zeuerungsabnehmer usw., haben auch in Chemnitz unglücklich erlitten. Die Zahl der Beschäftigten beträchtlich verringert. Die Einkünfte sind während des Quartals mit einem Viertel bedrückt worden. Zudem besteht ein empfindlicher Mangel an wichtiger Arbeitskräften am Orte. Dieser erklärt sich notwendig aus den großen Abwanderungen von Bauarbeitern aus dem Chemnitzer Industriegebiet. Die Kollegen können mit dem gegahnten Können nicht mehr auskommen und nehmen darum andern Plazes Arbeit zu suchen. Die Chemnitzer Bauunternehmer leben in finanzieller Lage tendenzlos auf; sie beschreiben sich höchstens beim Generalkommando und verlangen von ihm, daß es den Bauarbeitern den Platzwechsel verbiete. Durch höhere Löhne die Arbeiter zu halten, ist bislang noch keinem hiesigen Unternehmer eingfallen. — Unser Mitgliederband war am 1. Juli 770, neuemertretend sind 25, zugezogen 81 und von der Jugendorganisation zu uns über-



